

## AKTUELL

BELGIEN ÜBERNIMMT EU-PRÄSIDENTSCHAFT

# Im Schnelldurchlauf

Thorsten Fuchshuber

**Belgien hat die Präsidentschaft im Rat der EU übernommen, die dort nicht nur mit dem Kampf um den Einzug ins Europäische, sondern auch um die nationalen Parlamente zusammenfällt. Das könnte die Agenda auf EU-Ebene mitprägen.**

Zum Jahreswechsel hat Spanien den Vorsitz im Rat der Europäischen Union an Belgien übergeben. Doch obwohl der Turnus wie üblich sechs Monate dauern wird, ist für viele Kommentator\*innen schon wieder ein Ende in Sicht: Beim französischen Wochenblatt „Courrier International“ beispielsweise gibt man der belgischen Präsidentschaft zwei, drei Monate, „bestenfalls“, ehe keine vernünftige Arbeit mehr möglich sein wird. Grund dafür sind die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni dieses Jahres, an dem in Belgien zudem über die Sitzverteilung auf kommunaler und regionaler Ebene sowie im föderalen Parlament abgestimmt wird. Es gilt also, auf die Tube zu drücken und möglichst viele der rund 150 noch offenen Gesetzesvorhaben abzuschließen, ehe die aktuelle Legislaturperiode zu Ende geht und alles in den Taumel des Wahlkampfes gerät. Was liegen bleibt, wird an ein neu zusammengesetztes EU-Parlament und eine neue EU-Kommission weitergereicht.

Ganz oben auf liegt der im September 2020 von der EU-Kommission auf den Weg gebrachte EU-Migrationspakt (siehe Artikel „Pakt der Abschiebung“ in woxx 1599). Im Juni vergangenen Jahres wurde in Luxemburg über die strittigen Punkte ein „Kompromiss“ erzielt (siehe Artikel „Schlimmer geht immer“ in woxx 1740), der Ende vergangenen Dezember zum Abschluss des „Trilogs“ zwischen EU-Parlament, Kommission und Rat bestätigt wurde. Der belgischen Präsidentschaft obliegt es nun, zu finalisieren, was sich de facto als Einschränkung des Rechts auf Asyl darstellt. Insgesamt zehn Gesetze umfasst die Erneuerung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Im Zentrum stehen sogenannte Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen, für das den Betroffenen, so fürchten Kritiker\*innen, nur eingeschränkte Rechtsmittel zur Verfügung stehen werden. „Wenn man den freien Personenverkehr in der EU will, von dem jeder ein Fan ist, dann funktioniert das nur, wenn wir unsere Außengrenzen angemessen verteidigen“, bekräftigte Belgiens Premierminister Alexander De Croo in einem Interview mit den belgischen Tageszeitungen „Le Soir“ und „De Standaard“ diese Politik. Seine eigene Regierung steht we-

gen des Umgangs mit Asylsuchenden seit langem unter Druck, weil längst nicht ausreichend Unterkünfte für die Flüchtlinge zur Verfügung stehen, die in ihrer Not inzwischen zur Besetzung von Häusern übergegangen sind.

## Vivaldi: bald ausgespielt?

Als weitere Schwerpunkte hat De Croos Regierung unter anderem die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, eine grüne und gerechte Transition, sowie eine Stärkung der sozialen und der Gesundheits-Agenda ausgerufen. Viel Rhetorik also, wo echte Fortschritte wohl kaum zu erwarten sind. Vielmehr scheint De Croo, Mitglied der flämischen liberalen Partei „Open Vlaamse Liberalen en Democraten“ (Open VLD), die ihm gebotene Plattform bereits für den Wahlkampf im eigenen Land zu nutzen. Um die von ihm angeführte „Vivaldi“-Koalition, die sich aus Sozialisten, Grünen, Liberalen und Christdemokraten aus allen Landesteilen zusammensetzt, ist es nämlich gar nicht gut bestellt. In Flandern würde die rechtsextreme Partei „Vlaams Belang“ laut jüngsten Umfragen von vergangenen Dezember 25,1 Prozent der Stimmen bekommen, dicht gefolgt von der gemäßigteren, wirtschaftsliberal-separatistischen „Nieuw-Vlaamse Alliantie“ (N-VA). De Croos Open VLD läge mit 7,1 Prozent abgeschlagen auf Platz sieben. Und in Wallonien schickt sich der marxistisch-leninistisch orientierte „Parti du travail de Belgique“ (PTB) mit 19,3 Prozent der Umfragestimmen an, die dortigen Liberalen (Mouvement Réformateur; MR), Grünen (Ecolo) und „Parti Socialiste“ (PS) hinter sich zu lassen.

Ende Juni, wenn De Croo sein Amt als Premierminister mit einiger Wahrscheinlichkeit abgeben muss, wird er auch das Zepter der EU-Ratspräsidentschaft weitergeben: an seinen ungarischen Amtskollegen Victor Orbán (siehe Artikel „Orbán als Gesicht Europas“ in woxx 1739). Von Vorschlägen, dessen Präsidentschaft zu verhindern, hält der Belgier im Übrigen nichts. „Einige neigen zu dem Gedanken, wer die ‚Präsidentschaft‘ innehat, könne alles alleine entscheiden“, so De Croo: „Das Gegenteil ist der Fall! Die Präsidentschaft zwingt einen dazu, derjenige zu sein, der im Zentrum steht und den Konsens schmiedet. Das wird eine interessante Erfahrung für Viktor sein!“

## SHORT NEWS

## Fiscalité : le Luxembourg ne négociera pas à l'ONU

(fg) – Le 22 novembre dernier, l'Assemblée générale de l'ONU adoptait une résolution « pour la promotion d'une coopération internationale en matière fiscale » (woxx 1764). Par ce texte, présenté au nom du groupe Afrique, les pays du Sud signifient qu'ils ne veulent plus d'accords fiscaux internationaux exclusivement négociés au sein de l'OCDE, dont ils considèrent qu'elle sert en priorité les intérêts de ses riches membres. Ils préconisent le cadre plus large de l'ONU, où ils pèsent davantage face aux Occidentaux. Cette fronde intervient car ils s'estiment désavantagés dans les accords conclus à l'initiative de l'OCDE, comme l'imposition minimale de 15 % des multinationales. Le Luxembourg et tous les pays de l'UE ont voté contre la résolution, arguant du risque de doublon entre des négociations menées à la fois à l'ONU et à l'OCDE. Le grand-duché ne s'engagera en tout cas pas dans ce processus avant que ne soit arrêtée une position commune au sein de l'UE, indique le ministre des Affaires étrangères, Xavier Bettel, en réponse à une question parlementaire du député Déi Lénk David Wagner. Sur les raisons qui ont poussé le Luxembourg à s'opposer à la résolution de l'ONU, le chef de la diplomatie répète qu'il s'agit d'éviter un « double emploi avec les efforts poursuivis au niveau de l'OCDE ». Soit précisément ce dont les pays du Sud ne veulent plus. En somme, la discussion n'a pas fini de tourner en rond.

## Windkraftsektor verfehlt Klimaziel um ein Drittel

(mes) – Mit dem jetzigen Stand der Produktion wird der globale Windstromsektor sein mit dem 1,5-Grad-Szenario kompatibles Ziel um 650 GW verfehlen. Dies geht aus einem im Dezember veröffentlichten Marktbericht des Lobbyverbands Global Wind Energy Council (GWEC) hervor. Bis 2050 soll die Windenergie weltweit ein Drittel des Stroms ausmachen. Dafür müsse die jetzige Anzahl an Windrädern in den nächsten sieben Jahren verdreifacht werden, bis sie eine Gesamtkapazität von 2,75 TW erreicht. Bislang werde man aber nur 77 Prozent dieses Ziels erreichen, so der GWEC-Bericht. Schuld daran seien hauptsächlich die zunehmende Volatilität der Strompreise, Engpässe in den Lieferketten sowie die steigenden Kosten, vor allem was den Preis der Rohstoffe angehe. Seit der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine versuchen die meisten Länder ihre Produktion zu lokalisieren. Allerdings sei die Herstellung von Windrädern dennoch von einigen wenigen Ländern abhängig, allem voran China, dessen Industrie die Mehrheit der notwendigen Rohstoffe wie Kupfer produziert. Laut dem GWEC müsse man eine „lokale Versorgung sicherstellen“, und in Europa die „bestehende Kapazität bis 2030 mindestens verdoppeln“ um mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatibel zu sein. Der Fokus müsse insbesondere auf eine Standardisierung der Windräder liegen, um die Produktion und Auslegung zu steigern, so die Lobby, der über 1.500 Unternehmen und Institute des Sektors angehören.

## Luxemburg-Stadt nun international blamiert

(ja) – Das peinliche Zebrastreifen-Debakel der Hauptstadt ist seit Ende letzten Jahres auch international bekannt. Zwei Mitglieder des Zentrum für Urban Gerechtheit (Zug) stellten am 28. Dezember 2023 ihr Zebrastreifen-Projekt beim Chaos Communication Congress in Hamburg vor. Der Kongress gilt als Europas größte Hacker\*innen-Veranstaltung und fand zum ersten Mal seit Ausbruch der Corona-Pandemie wieder vor Ort statt. Die Zug-Mitglieder erklärten in ihrem Vortrag, wie sie herausfanden, wie viele Zebrastreifen in Luxemburg-Stadt unzulässig sind, und wie die Stadt Luxemburg darauf reagierte. Bekannterweise behauptete Verkehrsschöffe Patrick Goldschmidt (DP) damals, die Stadt habe nur 32 Zebrastreifen gefunden, an denen zu nahe geparkt wurde. Die Daten dazu hatte das Zug angefragt, was die Stadt Luxemburg verweigerte. Auch nach einem Urteil der Commission d'accès aux documents (CAD) blieb die Stadt bei ihrer Weigerung. Nach einem Crowdfunding zog das Zug vor das Verwaltungsgericht, wo der Fall jetzt liegt – der Gerichtstermin soll im September 2024 stattfinden. Erwähnenswert ist auch, dass die Stadt Luxemburg das Zug auf 3.000 Euro Schadensersatz verklagt hat. Neben einem Artikel auf netzpolitik.org hat auch die österreichische Tageszeitung Der Standard das Zug-Projekt aufgegriffen – so war das mit dem Nationbranding vermutlich nicht gedacht. Der Vortrag des Zug, in dem die woxx übrigens gleich zweimal erwähnt wird, findet sich auf media.ccc.de.